

mus und gegen die Sozialdemokratie, für die Diktatur der Proletariat abgeben wurden, zu unterschätzen.

Norwärts zu weiteren Erfolgen in der Mobilisierung der Werktätigen Deutschlands für die proletarische Revolution, erzielt durch die Enttarnung der Sozialdemokratie im Kampf gegen parlamentarische Illusionen und die Theorie des „kleineren Übels“! Die Partei wird diese Erfolge erzielen durch die Entschädigung des politischen und wirtschaftlichen Kampfes gegen Senkung der Löhne und Arbeitslosenunterstützung, gegen die Notverordnungen der Regierung Brüning-Hindenburg, gegen die Vorbereitung des neuen imperialistischen Krieges und der Intervention, gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland, für die Errichtung der Macht der ausgebeuteten Klasse.“

Roter Vormarsch in Braunschweig

Bei der Bekanntgabe der Wahlsitzern sind uns infolge unvollständiger Durchgabe durch das Radio eine Reihe von Irrtümern unterlaufen. So gaben wir als Wahlergebnis für den Wahlkreis Südhannover-Braunschweig nur die Zahl von 60 000 Stimmen für Thälmann an. In Wirklichkeit wurden für den roten Arbeiterkandidaten 87 629 Stimmen abgegeben, was gegenüber 1930 eine Steigerung um 24 066 Stimmen oder 37,7 Prozent bedeutet.

Der große Wahlerfolg ist um so bedeutungsvoller, als zum Wahlkreis Südhannover-Braunschweig gehört. Die zurückgeführten Anhänger der Nazis konnten hier am besten erfahren, daß die Naziregierung verschärften Terror und Ausbeutung bedeutet. Die sozialdemokratischen Arbeitermassen erkannten, daß nur unter Führung der Kommunistischen Partei ein wirklicher Kampf gegen den Faschismus geführt wird. Der Vormarsch der KPD in Braunschweig ist ein bedeutender Erfolg der roten Einheitsfront, die hier im Lande des Nazi-Klages eine erste Bresche in die Politik des „kleineren Übels“ geschlagen hat.

Im folgenden bringen wir Berichtigungen weiterer Wahlsitzern für Thälmann, die wir in unserer allgemeinen Uebersicht irrtümlicherweise ungenau gebracht haben:

Wittorehen 116 444, Braunschweig (Ober) 81 521, Potsdam 1 229 679, Düsselhof 319 808, Helsen-Nassau 167 171, Oberbayern-Schwaben 116 109, Baden 148 326, Mecklenburg 46 123.

Die festgedruckten Zahlen zeigen an, daß unsere frühere Meldung ein geringeres Wahlergebnis für Thälmann aufwies, die einfach gedruckt, daß wir irrtümlicherweise höhere Zahlen veröffentlicht haben.

Das Gesamtergebnis aller für Thälmann abgegebenen Stimmen betrug, wie wir schon gemeldet haben, 4 982 079 Stimmen.

Schwere Zusammenstöße in Moersfelden

Die bürgerliche Telegraphen-Union meldet:

Darmstadt, 16. März. Seit einiger Zeit konnten staatliche Zuschüsse für die Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützungen in Moersfelden bei Groß-Gerau nicht gewährt werden, da sich der Bürgermeister Zwilling, ein Kommunist, weigerte, die vom Kreisamt eingeführte Getränkesteuer durchzuführen. Der ebenfalls kommunistische Beigeordnete Bittsch, der die Vertretung des Bürgermeisters, der infolge eines Motorradunfalls im Krankenhaus liegt, hätte übernehmen müssen, weigerte sich, den Eid auf die Befassung zu leisten, so daß ihm vom Kreisamt die Geschäftsführung untersagt werden mußte. An seiner Stelle beauftragte das Kreisamt Groß-Gerau einen seiner Beamten mit der vorläufigen Verwaltung des Bürgermeisteramtes.

Als nun der Beamte am Mittwoch in Moersfelden eintraf, hatte eine über tausendköpfige Menge das Rathaus besetzt. Die Menge beschimpfte den Beamten und griff ihn tätlich an. Ebenso erging es den wenigen anwesenden Gendarmeriebeamten. Da auch die Fernsprechanlagen durchschnitten waren, mußte auf Umwegen Polizei aus Darmstadt angefordert werden. Als sie eintraf, wurde sie bei dem Versuch, die Straße zu räumen, aus der Menge heraus mit Steinen besossen und beschossen. Erst allmählich gelang es, das Rathaus zu besetzen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Eine eigene Meldung liegt uns zur Stunde noch nicht vor.

Severing-Polizei schlägt Hitler und Fritsch

„Thüringer Volksblatt“-Erfurt beschlagnahmt

Erfurt, 16. März. (Eig. Meldung). Der Erfurter Polizeipräsident beschlagnahmt heute die Ausgabe des „Thüringer Volksblattes“, weil es in dem Bericht über die Vernehmung Hitlers und Fritsch vor dem Thüringer Untersuchungsausschuß hieß, daß das thüringische Polizeisystem in Nazi-Interesse geleitet sei und zur Niederhaltung und Verfolgung der Arbeiter diene. Der ganze Bericht mußte aus der Zeitung entfernt werden.

An sämtliche Thüringer Polizeistellen wurde von Erfurt durch Funkpruch die Beschlagnahme angeordnet, worauf durch die Thüringische Polizei auch die Auflage beschlagnahmt wurde, die vom Erfurter Polizeipräsidenten freigegeben worden war.

Durch diese Beschlagnahme beschließt der Erfurter Polizeipräsident, der im Dienste Severings steht, die thüringische Stahlhelmerregiment und gleichzeitig auch Hitler und Fritsch vor den Feststellungen der kommunistischen Presse.

Kanal der kapitalistischen Krise

Neue Selbstmorde von Millionären

Kövel, 16. März. In Weihenstephan (Ostland) hat sich der geschäftsführende Direktor der dortigen dem Kreuzer-Konzern angehörenden Streichholzfabrik Margus erhängt. Sein Geschäft war nach dem Tode Kreuzers um 60 Prozent gekürzt worden.

Paris, 16. März. Am Mittwoch vormittag ist in seiner Pariser Wohnung der französische Finanzmann und Bankier François de Salnt Halle plötzlich gestorben. In diesem Finanzkreise ist das Gerücht verbreitet, daß der Bankier im Zusammenhang mit dem Tode Kreuzers Selbstmord begangen habe.

Japanischer Generalfeldmarschall in Charbin

Standrecht in Mandschurien und Charbin — „Strafexpeditionen“ an die Sowjetgrenze

Charbin, 16. März. Der Oberste Chef der japanischen Armee, Honjo, ist in Charbin angekommen. Er hat den Chinesengeneral Ma, eine Kreatur Japans, der soeben Kriegsminister der Mandschurenregierung geworden sein soll, mit der Leitung der Operationen gegen die Aufständischen in Sachaljan an der Sowjetgrenze beauftragt.

In Mandschurien ist der Ausnahmezustand erklärt worden. Alle Straßen sind vollkommen ausgeföhrt. Die Bewohner dürfen die Häuser nicht mehr verlassen. Sämtliche japanischen Frauen und Kinder sind nach Charbin gefahren, wo ebenfalls das Standrecht erklärt wurde.

Der nationale Verrat der chinesischen Bourgeoisie

Schanghai, 16. März. Nach einer Meldung der Agentur Indopacifique haben die chinesisch-japanischen Verhandlungen, die gestern in Anwesenheit der diplomatischen Vertreter Englands, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Italiens geführt wurden, zur Abschaffung einer gemeinsamen Interpretation der Völkerbundsentscheidung vom 4. März geführt. Die chinesische und japanische Delegation haben ihren Regierungen den Text zur Begutachtung unterbreitet. Wie es heißt, soll die chinesische

Delegation nicht mehr auf der Zurückziehung der japanischen Truppen aus China bestehen.

Vor einigen Tagen hat Tschangkai-schek erklären lassen, daß die chinesische Regierung keineswegs beabsichtige, einen Kampf um die von Japan bereits annektierte Mandschurie zu führen. Das mandschurische Problem sei eine „Problem des Völkerbundes.“ (!).

In den Reihen nicht nur der chinesischen kampfbereiten Arbeiter, sondern auch der kleinbürgerlichen Anhänger der Kuomintang herrscht große Empörung über den nationalen Verrat der chinesischen Regierung. In den Gebäuden der Kuomintang in Peking, Kanton und anderen Städten wurden die Fenster-scheiben eingeworfen. Bei den Sunjatsen-Festern kam es fast überall zu schweren Zusammenstößen.

Das ist das Wert der Groener-SPD.

Nazis stellen fest: Großer Teil der Reichswehr „hitlertreu“

Der Braunschweiger „Volkstreu“ veröffentlicht einen Bericht eines SA-Beobachters, der im Auftrage der dortigen Gauleitung der NSDAP die Reichswehr zu bespäheln hatte. In diesem Bericht wird wörtlich über das Reichswehrinfanterieregiment 17 in Celle gesagt:

„R. W. J. Nr. 17 Celle.

Major Georg, Nationalsozialist, sicher.

Hauptmann Steveris, Nationalsozialist, sicher.

Hauptmann Gieseler, behauptet N. S. zu sein.

Oberleutnant von Döring, national.

Oberleutnant Bandelow?

Oberleutnant Brinkmann?

Oberleutnant Petersen, behauptet N. S. zu sein.

Leutnant von Bilow, national.

Leutnant von Korowski, Nationalsozialist, sicher.

Leutnant Mantius, Nationalsozialist, sicher.

Kasino: „Heil“.

Mannschaften: zu zwei Dritteln gut für uns.

R. VII/X. (L. G.).

Abstrich genommen.

Geht zurück an R. VII bei Utgef. Süd.

Nach Ansicht der Nazis ist also schon jetzt ein großer Teil der Reichswehroffiziere und angeblich auch der Mannschaften „Hitlertreu“. Wenn Groener durch seinen bekannten Erlaß die Hitlerfaschisten geradezu ermuntert, in die Reichswehr einzutreten, so hat das — nach dem Geheimbericht der Nazis — etwa die Bedeutung, als wenn man Wasser ins Meer gießt. Die Grundlagen zur nationalsozialistischen Verfeuchung der Reichswehr wurden schon von den Koster-Ebert gelegt. Die Hindenburgpolitik der SPD ist die beste Unterstützung der Faschisierung der Reichswehr, zu der die SPD auch besonders durch ihr Schweigen gegenüber Groeners Neuerung beitrug, daß er auf die durch den Reichstag erfolgte Aufhebung seines Erlasses pfeife.

Wie sich die Folgen des neuen Groener-Erlasses auswirken werden, zeigt die Verhaftung des 19jährigen Nationalsozialisten Reche in Berlin, der unmittelbar vor seinem Eintritt in die Reichswehr steht. Reche wurde mit zwei anderen Nationalsozialisten bei Schießübungen mit einem Vorderlader und einem Trommelrevolver festgenommen. Da er nationalsozialistischer Agitator war, besitzt er wohl alle Eignungen für Groeners Reichswehr, die nach dem Wunsch der SPD-Führer eine sichere Garde gegen das revolutionäre Proletariat, wie auch eine „immune“ Armee für den imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion sein soll.

Stahlhelm in „Eiserner“ Hindenburgfront

„Vorwärts“ begrüßt Stahlhelm-Bundesgenossen — Blutverhandlungen in Preußen

In einer Veröffentlichung des Stahlhelm-Pressedienstes heißt es u. a.:

„Hindenburg hat praktisch den Sieg im Wahlkampf errungen. Wenn eine Möglichkeit besteht, um die Formalität des zweiten Wahlganges herumzukommen, so haben wir dagegen nichts einzuwenden. Der Stahlhelm hat den Kampf

um die Reichspräsidenschaft nicht gegen die Person des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg... geführt.“

Die offene Verbreitung der „eisernen“ Hindenburgfront bis zur äußersten Rechten zeigt sich auch in folgender Meldung:

„Zur Vorbereitung des Wahlkampfes in Preußen haben schon seit einiger Zeit unverblühte Besprechungen über ein gemeinsames Vorgehen folgender Parteien stattgefunden: Staatspartei, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landvolkpartei und Konserwative. Der Christlich-sozialen Volksdienst und das Zentrum wollen „als Westanschauungs- und Konfessionsparteien getrennt operieren.“

Die Deutschnationale Volkspartei erklärt gleichfalls ihren Verzicht auf einen Kandidaten im zweiten Präsidentschaftswahlgang und begründet das damit, daß „man die Verteidigung Hindenburgs gegen Thälmann ruhig dem Zentrum und der Sozialdemokratie überlassen kann.“

Der „Vorwärts“ vom 16. März stellt freudig fest, daß Duesterberg im zweiten Wahlgang auf eine Kandidatur verzichtet hat und begrüßt die angebliche „Kampfstellung des Stahlhelms gegen die Nazis!“ Jetzt wollen die Weis, Seipart, Severing und Konsorten den sozialdemokratischen Arbeitern schon einreden, daß sie zusammen mit dem Stahlhelm des faschistischen Einpeitschers Hugenberg den „Kampf gegen den Faschismus“ führen sollen! Die Preußen-Verhandlungen zwischen der „Eisernen Front“ und den Stahlhelm-Parteien zeigen, wie die Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen Parteien zurücktreten gegenüber ihrem gemeinsamen Ziel, die Diktatur des Finanzkapitals zu beseitigen, die Arbeiterklasse niederzuhalten und dem Hitlerfaschismus den Weg zur Macht zu bereiten. Landvolk und Deutsche Volkspartei stellen zwar das gemeinsame Vorgehen bei den Preußenwahlen mit den oben angeführten Parteien noch in Abrede, geben aber die „Möglichkeit lokaler Listenverbindungen“ zu.

Dieser Kuhhandel zwischen den Parteien der Eisernen Front bis zu Hugenberg zeigt ganz eindeutig, daß die Weis-Hindenburg die Wegbereiter des Hitlerfaschismus sind.

In roter Einheitsfront muß am 10. und 24. April der Kampf gegen die faschistische Weis-Hindenburg-Hitler-Front geführt werden.

Der hannoversche Landtag hat einstimmig seine eigene Auflösung beschlossen.

„Volksfront“ Hindenburg-Hitler



WSL

SPD Arbeiter

Hindenburg:

„Kommt nur rauff! Hier ist Platz für drei.“